



15. Oktober 2019

Gedenken der Gestorbenen an den Europäischen Außengrenzen

Schön, dass wir heute hier zusammengekommen sind, wenn auch zu einem sehr traurigen Anlass. Zuerst möchten wir all denjenigen unser Beileid ausdrücken, die Angehörige, Familie oder Freunde an Europas Grenzen verloren haben.

Während EU-Bürger*innen ihre globale Bewegungsfreiheit als ein selbstverständliches Recht wahrnehmen, sind seit 1993 mehr als 35.000 Menschen ohne europäischen Pass auf dem Weg nach und in Europa ums Leben gekommen. Schätzungen zufolge ist die Dunkelziffer der Verstorbenen dreimal so hoch. Ihr Tod ist in den meisten Fällen direktes Resultat eines restriktiven und unmenschlichen europäischen Grenzregimes, das die Menschenrechte Schutzsuchender mit Füßen tritt.

Seit zwölf Jahren informieren wir über die Situation an den europäischen Außengrenzen. Und noch immer ertrinken Menschen im Mittelmeer. Noch immer wird Migration kriminalisiert. Die Lebensbedingungen, die Menschen nach ihrer Ankunft in Italien, Griechenland und anderen Grenzregionen ertragen müssen, sind unmenschlich. Die Lage dort macht uns schon lange wütend. Schon vor 15 Jahren haben wir diese Missstände angeprangert, doch seitdem hat sich die Situation nicht verbessert, ganz im Gegenteil.

Seit März dieses Jahrs, ersetzte die EU ihre Schiffe der Operation Sophia mit Flugzeugen. Der Vorteil von Luftüberwachung? Flugzeuge sind nicht zu Seenotrettung verpflichtet! Stattdessen können Informationen über Boote in Seenot nun direkt an die sogenannte „libysche Küstenwache“ weitergegeben werden. Das Resultat dieser Umrüstung lässt sich zeigen: seit über einem Jahr hat die Europäische Union in dieser Region keine Rettung mehr durchgeführt.

Neben der zunehmenden Kriminalisierung von Migration und Solidarität, ist die EU auch emsig bemüht ihre tödliche Grenzpolitik auszulagern. Wir wissen, dass heute in der Wüste mehr Menschen sterben als im Mittelmeer. Wir wissen, dass Männer und Frauen als Waren verkauft werden. Wir wissen, dass die EU Abkommen mit afrikanischen Staaten wie Libyen oder Niger schließt. Diese Vereinbarungen führen dazu, dass Männer und Frauen in haftähnlichen Lagern eingesperrt werden, wo sie vergewaltigt, gefoltert, ermordet oder verkauft werden. Sie führen dazu, dass Busrouten aufgelöst wurden und alltägliche Fortbewegung selbst innerhalb von Staaten wie dem Niger erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht wurde. Legale Infrastrukturen zwischen Nachbarländern werden zerstört. Während Bewegungsfreiheit innerhalb des Schengenraums gefeiert wird, wird die Freizügigkeit in der Afrikanischen Wirtschaftsunion ECOWAS behindert und eingeschränkt. Es ist absurd, wenn EU Akteure planen ihre Grenzkontrollen auf einem anderen Kontinent auszuweiten.

Darüber müssen wir reden. Wir müssen darüber reden, was Frontex tut! Wir müssen darüber reden, dass Frontex mit Unterstützung afrikanischer Geheimdienste versucht, Rechts- und Sicherheitsmaßnahmen zu beeinflussen. Wir müssen darüber reden, wie Frontex-Beamt*innen Menschenrechtsverletzungen an EU Außengrenzen ignorieren oder selbst begehen!

Doch anstatt diese Probleme anzugehen, werden Frontex Kompetenzen ausgeweitet: Beamt*innen sollen zukünftig bei ihren Einsätzen Immunität genießen und Beamt*innen werden zukünftig auch mehr außerhalb der EU eingesetzt, in nordafrikanischen Ländern und



15. Oktober 2019

auf der West-Balkanroute, so hilft Frontex z.B. seit Kurzem in Albanien Polizist*innen bei der Grenzüberwachung.

Diese Abschottungspolitik muss aufhören!

Migration ist kein Verbrechen!

Auch an den östlichen EU Außengrenzen schließt die EU ihre Abkommen, um Immigration zu verhindern. Gerade in den letzten Tagen hat sich gezeigt: Um ihren schmutzigen Deal mit der Türkei zu sichern, nimmt die EU die türkischen Bombardierungen in Nordsyrien in Kauf. Noch vor 10 Tagen flog Seehofer nach Ankara und lobte die türkischen Bemühungen in Sachen Migration und Grenzschutz, er sagte: diese „Leistung würde in die Welthistorie“ eingehen.

Was für ein Hohn, für all die Menschen, die nun vor türkischen Angriffen fliehen und um ihr Leben fürchten. Was für ein Hohn, für die Menschen, die bei der Überfahrt von der Türkei nach Griechenland ihr Leben verloren. Allein in der Nacht von Sonntag 13.10. auf Montag 14.10. starben ein Kind und ein Säugling in der Ägäis nachdem sie über Bord fielen.

Einmal mehr zeigt Europa seine schändliche Maxime: Lieber sterben lassen als Menschen aufnehmen!

Sklaverei, Rassismus, Tod sind europäische Traditionen. Diese kolonialen Praktiken dürfen nicht toleriert werden. Wir haben kein Recht, die Augen zu verschließen, wenn die EU diese Politiken fördert und durch die Bekämpfung der Migration rechtfertigt.

Die Errichtung von Grenzen, von Zäunen und Mauern, die Ausweitung von Kontrollen und Inhaftierungen, all das vergrößert das Leid der Betroffenen, von Menschen, die ihre Heimatländer aus triftigen Gründen verließen. In Hotspots und Transitzentren werden Menschen eingepfercht, behandelt wie eine zu verwaltende Masse, unter dem Vorwand des Migrationsmanagements werden sie zum Spielball politischer Interessen und als Verhandlungsware hin und her geschoben.

Das europäische Grenzregime ist kolonialistisch, gegen jede Solidarität und unmenschlich!

Wir weigern uns, ein Teil davon zu sein! Wir weigern uns gegen die Abschiebung unserer Freund*innen und Verwandten in Gefängnisse, Haftanstalten und sonstige Orte, an denen sie nicht sein möchten.

Wir gedenken denjenigen, die auf dem Weg nach Europa nicht überlebt haben, und erinnern uns an diejenigen, die aufgrund von rassistischer Gewalt und Ausgrenzung ihr Leben verloren haben. Wir sind heute hier, um zu zeigen, dass es einen anderen Weg gibt.

Solidarität gegen ihre Gleichgültigkeit.

Kontakt

borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de>
mail[at]borderline-europe.de